

Dresdner Volkszeitung

Hofschloßfoto: Leipzig.
Raden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptstadt:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Umzeitungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anserte werden die Gekostete Zeitungs mit 25 Pf. berechnet, bei einmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 98.

Dresden, Montag den 30. April 1917.

28. Jahrg.

Große Verluste der Engländer beim 3. Durchbruchversuche.

Die U-Bootsbeute im März. — Die Entente-Sozialisten und die Stockholmer Konferenz.

Der Landtag und seine Aufgaben.

Heute abend tritt der sächsische Landtag wieder zusammen, das dritte Mal in dieser Tagungsperiode. In einer Zwischenstagung gab bereits die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung Veranlassung, doch wurden dabei auch andere Obiegenheiten erledigt und wichtige Fragen angeschnitten, vor allem die staatliche Regelung des Kohlenabbaus in Sachsen. Jetzt tritt der Landtag nicht zu außerordentlichen Sitzungen zusammen, sondern zum letzten Abschnitt seiner ordentlichen Tagung. Wichtigste ist es so geplant; doch ist eine abermalige Vertagung durchaus nicht unmöglich, wenigstens kann mit einer Unterbrechung der Sitzungen gerechnet werden, um der Deputation Zeit zu lassen, die neue wichtige Gesetzesvorlage über das staatliche Kohlenabbaurecht eingehend vorzubereiten.

Der letzte Zusammentritt geht nicht ganz programmäßig vor sich; er sollte wesentlich früher erfolgen, und eine Reihe brennender Fragen haben das tatsächlich auch nötig gemacht. Wir weisen nur auf die neuen Ernährungschwierigkeiten und die Frage der Neuorientierung hin. Doch dadurch hat sich die Regierung nicht veranlaßt gesehen, den Landtag eher zu berufen. Sie hat es nicht eher getan, bis die Gesetzesvorlage über das staatliche Kohlenabbaurecht fertig war, die sie offenbar für die wichtigste Aufgabe der jetzt beginnenden Tagung hält.

Auch wir leugnen nicht, daß sie bedeutsam und die damit zu bewältigende Aufgabe keinen Aufschub erduldet, wenn nicht die letzten Kohlenreserven des Landes ein Gegenstand wüster Spekulation, eines Kettenhandels werden sollen, der die darin lagernden Kohlen zum Schaden der Industrie und der Allgemeinheit erheblich veräuern würde. Aber wenn Sachsen allein diese Frage zu lösen sucht, kann es nicht in großartiger Weise geschehen. Das beste Verfahren, dieser Spekulation zu begegnen, nämlich die Verstaatlichung des gesamten Kohlenabbaus, ist in Sachsen allein kaum möglich. Ein rings von den Konkurrenztreibern der privaten Spekulation umgebenes sächsisches Staatsmonopol für Kohlenabbau würde sich nur unter größten Schwierigkeiten behaupten und der Industrie wahrscheinlich nicht mithalten können. Denn der sächsische Kohlenbau ist zu unbedeutend, als daß ein sächsisches Kohlenmonopol Einfluß auf die privatkapitalistischen Operationen bei der Verwertung der Kohle erhalten könnte. Von einem solchen Monopol ist aber die in Betracht kommende sächsische Vorlage viel weiter entfernt, als es nötig ist. Sie soll dem sächsischen Staate eigentlich nur ein Verkaufsrecht für Kohlenfelder und ein gewisses Vorrecht beim Abbau sichern, aber nur für solche Gruben, die noch nicht in Betrieb genommen sind. Es handelt sich also um ein Zukunftsprogramm. Aber eine solche Halbmäßigkeit bringt eine Menge Schwierigkeiten mit sich. Da kommen die Privatinteressenten im Kohlenbau mit ihren angeblich wohlverordneten Rechten und verlangen Berücksichtigung, da sollen auch die auf Grund der jetzigen Gesetzgebung bestehenden Ansprüche der jetzigen Besitzer auf den Wehrgewinn infolge des Kohlenunterirdischen möglichst nicht geschmälert werden. Eine Fülle komplizierter Fragen entspringen daraus, die eine allbaldige Lösung nur dann ermöglichen lassen, wenn allseitig der entschiedene Wille da ist, etwas zu Stande zu bringen. Der sächsische Staat hat in der letzten Tagung da zu sein, doch wurde allzu sehr betont, daß man auch die Interessen der Grubenbesitzer und Kohlenfeldinhaber beachten müsse. Aber auch beim besten Willen wird man bei einer sächsischen Regelung dieser bedeutsamen Frage nicht mit der Großzügigkeit vorgehen können, die bei einer Verstaatlichung des gesamten deutschen Kohlenabbaus am Platze wäre. Da könnte man die besonderen Ansprüche der Interessenten einheitlich durch ein Abfindungs- und Entschädigungsverfahren regeln und so, zwar mit einem Aufwand von vielen Millionen, aber doch mit der sicheren Aussicht, daß der Preis durch den erzielten Vorteil schon in einer nahen Zukunft doppelt und dreifach aufgewogen werden könnte. Eine solche Lösung ist in Sachsen aus den angegebenen Gründen nicht möglich, darum werden wir Mühe haben, unsere kleinen Absichten aus der Mäßigkeit kleiner und kleinlicher Sonderansprüche zu retten.

Die sonstigen Aufgaben des Landtags sind schon mehrfach erwähnt worden. An die Spitze sind vor allem die Neuorientierung und die Ernährungsfrage zu stellen. Letztere ist die brennendste; doch muß leider zugegeben werden, daß der Landtag wenig zu einer Änderung der Schwierigkeiten beitragen kann. Es wird sich Gelegenheit bieten, von der Regierung zu hören, was sie getan hat, alle Nahrungsmittel zu erfassen und gerecht zu verteilen, und die Kammer werden nachprüfen können, ob nichts unterlassen worden ist. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß bei der sächsischen Regierung wenigstens das gute Wille vorhanden ist, zu tun,

Stromessener zwischen Gollitz und Guippes — 23 feindliche Flugzeuge, 3 Jettelboas zerstört

(D. Z. V.) Kurlitz, Großes Hauptquartier, den 30. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nach dem Scheitern des großen Angriffs am 28. April unternahm gestern die Engländer nur Einzelangriffe gegen Opau, südlich der Straße von Tonn nach Aras. In viermaligem Ansturm gegen den bestbesetzten Ort erlitten sie ihre Kräfte. Das Dorf blieb in unserer Hand.

Auf beiden Scarpe-Ufern hielt die harte Manövertruppe der Artillerie an.

Vorläufige Schätzung beziffert den Verlust der Engländer am 28. April auf über 6000 Mann, die in und vor unseren Stellungen gefallen sind; außerdem sind über 1000 Gefangene und 40 Maschinengewehre durch unsere Truppen erbeutet, 10 Panzerfahrzeuge zerstört worden.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz

Unerwartete Entdeckungen der Franzosen luden gestern morgen den Erfolg des französischen Fortschritts gegen unsere Stellungen bei Verri an der Somme und nördlich von Heims festzustellen; unsere Grabenbesetzungen wiesen die Fortschritte ab.

Seit Mittag hat sich mit wenigen Ausnahmen der Feuerkampf von

Wissens bis Guippes wieder gelehrt. Er erreichte in den Abendstunden größte Heftigkeit, hielt in wechselnder Kraft während der Nacht an und mündete bei Tagesanbruch zu heftiger Wirkung.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Rückwärtsbewegung

Am 28. April haben unsere westlichen Gegner 11, am 29. April 24 Flugzeuge verloren, außerdem 3 Jettelboas.

Flieger und Flugabwehrkanonen töteten sich in das Ergebnis. Westlicher Flieger v. Nitzsche blieb am 28., 29., 30., 31. und 1. Mai über dem Westkampfe. Der seiner Jagdbatterie angehörende Leutnant Wolf schob den 22. als 26. Gegner ab.

Küstenschutztruppen und Mägen zum Landungsabwurf führten unsere Flieger tief in das englische Hinterland zwischen Somme und Meer, von der Höhe von über die Karte nach Süden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Wazedonische Front.

Am 28. April haben unsere westlichen Gegner 11, am 29. April 24 Flugzeuge verloren, außerdem 3 Jettelboas.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

was innerhalb der beschränkten sächsischen Zuständigkeit unter den Schwierigkeiten eines Zuschußlandes möglich ist.

Anderes liegt es bei der Neuorientierung. Hier ist zunächst wohl nicht auf ein besonderes Entgegenkommen der Regierung zu rechnen, ebensowenig auf die erforderliche Entschiedenheit bei den maßgebenden bürgerlichen Parteien. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Landtag und Gemeinde muß die erste Forderung in diesem Punkte sein. Da wird es auch schon fester. Sowohl die Regierung wie die Nationalliberalen werden davon nichts wissen wollen. Wenn aber letztere versagen, dann ist nicht einmal eine Wehrheitsbildung für das allgemeine Wahlrecht in der zweiten Kammer gegeben, dann wird der sozialdemokratischen Partei die Aufgabe gestellt, mit allem Nachdruck zu versuchen, einen Weg zu bahnen. Ob sie dabei wenigstens von den Fortschrittlichen genügend unterstützt wird, muß man erst noch abwarten. Es wird für den Fortschritt der Neuorientierung mit Sachsen auch wesentlich das weitere Vorgehen in Preußen und die Arbeit des Reichstagsausschusses in Betracht kommen. Sachsen allein wird nach Lage der Sache die Führung in diesem Kampfe nicht übernehmen können; aber dazu müssen wir uns rüsten, die in Preußen erreichten Errungenschaften auch in Sachsen nach Möglichkeit zu verfolgen umzusetzen und günstige Strömungen auszunutzen. Es muß mit allen Kräften versucht werden, zu verhindern, daß in einer Zeit, wo die allgemeine Wehrpflicht die schwersten Anforderungen besonders an die unteren Schichten des Volkes stellt, das Wahlrecht nach der Größe des Einkommens oder des Vermögens abgemessen wird.

Eine erhebliche Rolle wird auch die Reform der Ersten Kammer spielen. Darauf werden sich besonders die Nationalliberalen konzentrieren. Auch uns kann diese Frage nicht gleichgültig lassen. Denn wenn wir auf ein schrittweises Vordringen in Sachsen angewiesen sind, dann kann uns eine einseitig reaktionär zusammengesetzte Paarkammer die besten Streiche spielen und die bedeutsamen Fortschritte verhindern. Darum werden auch die sozialdemokratischen Vertreter dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen und dabei auch nicht übersehen dürfen, daß eine günstigere Zusammenfassung der Paarkammer unserer auf Aufhebung dieser Körperlichkeit gerichteten Forderung nicht direkt entgegensteht. Auf keinen Fall aber dürfen wir die Wahlrechtsreform durch die Paarkammerreform verdrängen lassen.

Anderer Fragen, denen Bedeutung ebenfalls nicht abzuschätzen ist, treten vor der Neuorientierung und den schon besprochenen etwas in den Hintergrund; die Verdrängung der Landtagswahlen wird abermals beschlossen werden; das Jesuitengesetz wird seine Schatten in die Kammerverhandlungen werfen; die problematischen nationalliberalen Wirtschaftsprogramme werden wieder aufzuheben und können natürlich in der kurzen Zeit kaum gelöst werden; die durch den Krieg entstandenen finanziellen Anforderungen werden einen Nachtrag, der mit entsprechenden Entschuldigungen nötig macht, bedingen.

werden wahrscheinlich auch finanzielle Probleme mit in den Vordergrund gerückt. Dann wird die von nationalliberaler Seite vorbereitete Reform der Landtagsordnung und der Geschäftsvorfahrung Anlaß zu komplizierten Verhandlungen geben.

Eine erhebliche Fülle Verhandlungssache liegt vor. An Arbeit wird es also nicht fehlen. Da die Tagung nur kurz sein soll, wird scharf gearbeitet werden müssen, wenn der Landtag seiner Aufgabe gerecht werden will. Wohlwollt könnten einige Aufgaben ohne Nachteil verlagert werden; dagegen müssen in der Frage der Neuorientierung alle Verschiebungsvorhänge mit Entschiedenheit bekämpft werden; denn hier gilt es, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist. Wir sind durchaus gewillt, bei diesem Kampfe die Grenzen zu beobachten, die uns die Landesverteidigung auferlegt, wir geben aber der Regierung ernstlich anheim, auch ihrerseits daran zu denken, daß für sie in erster Linie verständnisvolles Entgegenkommen auf wohlüberlegte Forderungen des Volkes, die durch die Kriegsoffer geheiligt worden sind, ein Gebot der Zeit ist, das in weitgehender Weise zu befolgen durchaus auch im Interesse der Vaterlandsverteidigung liegt.

Konservative Angst.

Der engere Vorstand der deutschkonservativen Partei hat in Berlin getagt und einstimmig folgende Entschlüsse angenommen, in der es heißt:

Der engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ersten und schwersten Bedenken Ausdruck, mit denen sich das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen. Der traurige Erfolg, daß deutsche Arbeiter während der dürgsten und größten Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte sich durch eine verbrecherische Hebe aus dem Lager der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bewegen ließen, die Arbeit zur Herstellung des nötigen Nahrungsmittels für unsere kämpfenden Brüder niederzuliegen, hätte nicht erzieht werden können, wenn von anderer Seite für die nötige Aufklärung gesorgt und der Vorbereitung des Streiks mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten worden wäre. Der Parteibeschluß der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Fortsetzungen der sozialdemokratischen Internationalen ohne Erwerbungen und ohne Entschlüsse werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrund zuführen. Er würde uns der Möglichkeit eines Friedens berauben, der den unermeßlichen Opfern und den glänzenden Hoffnungen unserer über alles Lob erhabenen heldischen Heere und unserer Flotte entspricht, die gebührende Entschädigungen alsbald auf gemeinsamen Friedensverhandlungen